**Dienstvereinbarung
zwischen**

**[Dienstgeber], vertreten durch, [Pfarrer/Geschäftsführer/Dekan] und**

**der Mitarbeitervertretung [Name], vertreten durch [Vorsitz], [Name].**

1. Gegenstand dieser Dienstvereinbarung ist der Abschluss und die Bezuschussung des
Firmenabos/Jobtickets/Deutschlandtickets beim [Verkehrsverbund xy/Deutsche Bahn] für die Mitarbeitenden [Dienststelle/Dekanat].
2. Im März 2019 hat die Landessynode bei ihrer Frühjahrstagung in Lindau das Integrierte Klimaschutzkonzept der ELKB entgegengenommen und seine engagierte Umsetzung beschlossen. Ziel ist, in allen Bereichen der Landeskirche das Engagement im Klimaschutz so zu verstärken, dass die Landeskirche einen „uns angemessenen Beitrag zum Erreichen des 2-Grad-Ziels bis hin zur Klimaneutralität“ leistet. Mit dem Integrierten Klimaschutzkonzept verfolgt die ELKB vier zentrale Ziele:
• Als Kirche eine Vorbildrolle einnehmen
• Transparenz herstellen über den Treibhausgas-Fußabdruck der ELKB
• Die ELKB nachhaltig auf die Zukunft ausrichten
• Breite Partizipation auf allen Ebenen der ELKB schaffen

Das Klimaschutzkonzept umfasst die Themenfelder Gebäude, Mobilität, Beschaffung, Bewusstseinsbildung und Organisation. Hierbei kommt den Gebäuden und der Mobilität eine Sonderstellung zu: In diesen Bereichen entsteht der Großteil der Treibhausgasemissionen der ELKB. Gleichzeitig bieten diese beiden Bereiche eine hinreichende Informationsgrundlage, um die verursachten Emissionen zu messen und Potenziale zu ihrer Verringerung zu erkennen.
3. Vor diesem Hintergrund und im Bewusstsein der Verantwortung zur Bewahrung der Schöpfung wird zwischen den Vertragsparteien ab [Gültigkeitszeitpunkt] auf Grundlage der Beschlüsse der Arbeitsrechtlichen Kommission der Evang.-Luth. Kirche in Bayern vom 14.06.2022 und 09.02.2023 vereinbart, dass die [Dienststelle] dem [Verkehrsverbund/Deutsche Bahn] Firmenabo/Jobticket/Deutschlandticket beitritt. Dieses beinhaltet eine Bezuschussung in Höhe von 25 % des Fahrpreises für Monats- und Jahreskarten durch den Dienstgeber, höchstens 40 € monatlich. Die Inanspruchnahme schließt mögliche weitere Fahrtkostenbezuschussungen aus.
4. Für diese Dienstvereinbarung wird eine Kündigungsfrist von drei Monaten zum Ende eines Monats gem. § 36 Abs. 5 MVG vereinbart.

[Ort], den [Datum]

[Dienstgeber] [Mitarbeitervertretung]